



Presidency of **Germany**
Council of Europe
November 2020 - May 2021
Présidence de l'**Allemagne**
Conseil de l'Europe

COMMITTEE
OF MINISTERS
COMITÉ
DES MINISTRES



Prioritäten des deutschen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates (November 2020 – Mai 2021)

Deutschland wird den Vorsitz im Ministerkomitee zu einer Zeit übernehmen, in der wir das 70. Jubiläum der Europäischen Menschenrechtskonvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten feiern. Aufbauend auf dieses zentrale Dokument, welches weltweit den höchsten Standard für den internationalen Schutz der Menschenrechte festlegt, ist Deutschland fest entschlossen, die Umsetzung der sich aus der Konvention resultierenden Rechte und Pflichten zu fördern und die Instrumente des Europarats hierbei zu stärken.

Diese Prinzipien wurden und werden durch die COVID-19-Pandemie auf die Probe gestellt. An die erfolgreiche Arbeit des griechischen Vorsitzes im Ministerkomitee anknüpfend, wird Deutschland weiterhin multilaterale Maßnahmen gegen diese Gefährdung der weltweiten Gesundheit vorantreiben und darauf hinwirken, die Effekte der Pandemie, insbesondere im Hinblick auf die schutzwürdigsten Gruppen, zu reduzieren. Der deutsche Vorsitz im Ministerkomitee wird darüber hinaus an die Arbeit der Generalsekretärin anschließen und die Verhältnismäßigkeit sowie den vorläufigen Charakter der im Zuge der COVID-19-Pandemie getroffenen Maßnahmen, welche fundamentale Rechte und Freiheiten einschränken, sicherstellen.

Im Mai 2021 wird die Bundesrepublik Deutschland 70 Jahre Vollmitglied des Europarates sein. Aufbauend auf diesem Erbe, wird der deutsche Vorsitz im Ministerkomitee geleitet von dem Glauben an multilaterale Zusammenarbeit. Die Vision eines starken und effektiven Europarates, der den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen, welche die Entwicklungen in Gesellschaft und Technologie mit sich bringen, gewachsen ist, soll gefördert werden. Deutschland will den Europarat in seiner Rolle, internationale Standards für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu setzen, stärken und diesen dadurch den Bürgerinnen und Bürgern Europas näher bringen.

1. Wahrung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

Mit dem deutschen Vorsitz im Ministerkomitee sollen die gemeinsamen europäischen Standards hervorgehoben werden, insbesondere diejenigen der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, welche ein beispielloses Bekenntnis der Mitgliedstaaten darstellt, gemeinsame Werte zu pflegen und zu respektieren. Hierdurch sollen die Grundprinzipien des Europarats, insbesondere Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, gestärkt werden.

Der deutsche Vorsitz greift das 70. Jubiläum der Menschenrechtskonvention am 4. November in Athen mit einer Konferenz speziell zum Thema Menschenrechtsschutz in Europa am 9. Dezember auf, bei der Europas Instrumente für den Menschenrechtsschutz und deren komplementäre Mechanismen untersucht werden. In die Zeit des deutschen Vorsitzes fällt zudem das 10. Jubiläum der Unterzeichnung des Übereinkommens des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, auch bekannt als Istanbul-Konvention. Aus diesem Anlass soll im Mai 2021 eine Konferenz stattfinden, bei der die Errungenschaften der Konvention herausgearbeitet und die Herausforderungen, vor der sie steht, analysiert werden sollen. Eine Zwischenbewertung der Strategie des Europarats für die Gleichstellung der Geschlechter 2018 – 2023 soll den Fortschritt und die Herausforderungen auf dem Weg der Geschlechtergleichstellung hervorheben.

Der deutsche Vorsitz will die besondere Rolle des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte betonen und neue Wege finden, den einzigartigen Menschenrechtsschutz durch den Gerichtshof weiter auszubauen. Anschließend an das Kopenhagener Übereinkommen von 2018 werden eine Reihe von Expertenkonferenzen und Seminaren abgehalten, die Themen wie die Umsetzung von Urteilen, die Interaktion des Gerichtshofes mit den nationalen Gerichten der Mitgliedstaaten und die Rolle der Verfahrensbevollmächtigten der Mitgliedstaaten beim Gerichtshof, insbesondere in Bezug auf die Umsetzung von Urteilen und den effektiven Umgang mit Staatenbeschwerden behandeln.

Bis Ende 2020 wird Deutschland neben der Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union gleichzeitig den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats innehaben. Vor diesem Hintergrund will Deutschland Synergien zwischen beiden finden, insbesondere in Bezug auf den Beitritt der Europäischen Union zur Menschenrechtskonvention als entschlossener Schritt hin zu einem einheitlichen Menschenrechtsschutz in ganz Europa. Hierbei soll der deutsche Vorsitz auch dazu genutzt werden, die Gleichberechtigung der LSBTI-Gemeinde in Europa voranzutreiben, unter anderem durch eine Multi-Stakeholder-Konferenz zum Thema *„Intersektionalität und LSBTI-Regelungen in Europa“*.

2. Zukunft gestalten

In der Vergangenheit hat der Europarat bei vielen Gelegenheiten seine Rolle beim Setzen von Standards für den internationalen Menschenrechtsschutz bewiesen. Ähnlich gut aufgestellt ist der Europarat, wenn es darum geht, Standards für die Regulierung von Künstlicher Intelligenz und Menschenrechten in Bezug auf das Internet festzulegen. Sein menschenrechtssensibler Ansatz kann auch zu den globalen Anstrengungen zur Bewältigung der Herausforderungen des Umweltschutzes beitragen.

Künstliche Intelligenz bietet ein bedeutendes Potential: eine Vereinfachung des Alltags, die Erhöhung der Effektivität von Unternehmen und die Verbesserung des Gesundheitswesens europaweit. Gleichzeitig muss der Menschenrechtsschutz im Kontext dieser neuartigen Technologie gewährleistet bleiben. Der Europarat hat eine wesentliche Rolle bei der Etablierung weitreichender Regulierungen, welche die hohen europäischen Standards hinsichtlich Menschenrechten, Demokratie, und Rechtsstaatlichkeit sicherstellen. Deutschland wird an die Arbeit vorheriger Vorsitze anknüpfen, beispielsweise durch die Förderung der Arbeit des Ad-hoc Komitees für Künstliche Intelligenz des Europarates.

Eine hochrangige Expertenkonferenz im Januar 2021 wird Chancen und Risiken sowie den Fortschritt auf diesem Gebiet beleuchten.

Als dominierende Gefährdung von Menschenrechten und demokratischer Integrität stellt „*Hate Speech*“ ein globales Phänomen dar, mit dem sich mehr oder weniger alle europäischen Länder konfrontiert sehen. Deutschland wird die Arbeit des Lenkungsausschusses des Europarates für Anti-Diskriminierung, Vielfalt und Inklusion unterstützen, in Abstimmung mit damit zusammenhängenden Aktivitäten der Parlamentarischen Versammlung und des „*No Hate Speech Movement*“. Eine Multi-Stakeholder-Konferenz „*Umgang mit Hate Speech aus europäischer Sicht – Impulse für den Europarat*“ soll die bestehenden nationalen Regulierungen vergleichen, das Bewusstsein für „*Hate Speech*“ schärfen und Anti-Diskriminierungs-Strategien für besonders betroffene Gruppen untersuchen.

3. Europa den Bürgerinnen und Bürger näher bringen

Als Querschnittsthema will Deutschland die Bevölkerung Europas beteiligen und besonders junge Menschen europaweit an einer zukunftsorientierten Debatte an den genannten Schwerpunktthemen teilhaben lassen.

Deutschland wird die Aktivitäten des Europarats im Bereich der Jugendarbeit fördern und unterstützen sowie den Ideenaustausch zwischen jungen Menschen und Aktiven in der Jugendarbeit erleichtern. Hierbei soll die „*3rd European Youth Work Convention*“ im Dezember 2020 eine zentrale Veranstaltung werden. Sie wird Menschen, die aktiv im Bereich Jugendpolitik und Jugendarbeit tätig sind – die sogenannte Jugendarbeits-Gemeinschaft – zusammenführen, um Ideen zur Etablierung und Umsetzung der Jugendarbeit auszutauschen.

Die Qualität des Menschenrechtsschutzes lässt sich verlässlich daran messen, wie Minderheiten geschützt werden. Das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des Europarats legt einen wichtigen Standard fest. Trotzdem sehen sich viele Minderheiten in Europa heute noch mit Vorurteilen und Missständen konfrontiert - eine Situation, die sich kürzlich infolge der COVID-19-Pandemie verschärft hat. Um auf Anliegen und Erwartungen von Minderheiten aufmerksam zu machen, werden im Fokus der deutschen Präsidentschaft die Belange der Roma und *Travellers* einschließlich Sinti und anderer Gruppen stehen, welche zusammen die größte Minderheit in Europa ausmachen. Zudem sollen eine Reihe von Seminaren und Kulturveranstaltungen in enger Zusammenarbeit mit dem 2017 gegründeten und in Berlin ansässigen Europäischen Roma-Instituts für Kunst und Kultur (ERiac) veranstaltet werden.

Geplante Veranstaltungen während des deutschen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats 2020/2021

(Änderungen aufgrund von Restriktionen im Zuge der COVID-19-Pandemie vorbehalten)

Datum	Veranstaltung	Ort
2020		
16.-18.11.	Internationale Kulturerbe-Konferenz	Online
18.11.	Übergabe des Vorsitzes von Griechenland an Deutschland	Straßburg
18.-19.11	Konferenz: <i>Intersectionality and LGBTI Policies in Europe: Lived Realities of Lesbian* Women and the Recognition of Rainbow Families</i>	Berlin
19.11.	Konferenz: <i>“Women in Focus: Coronavirus and Gender Equality in Europe”</i> (in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Institut für Gleichstellungsfragen)	Online
24.-27.11.	Seminar: <i>“Artificial Intelligence: How Can Youth Take Part?”</i>	Straßburg, Europäisches Jugendzentrum
30.11.	Fachseminar zur Umsetzung von EGMR-Urteilen: <i>“The execution of judgments of the ECtHR seen through the lens of compliance research”</i>	Straßburg
7.-10.12.	3 rd <i>“European Youth Work Convention”</i>	Online
8.12.	<i>“Women and Human Rights – Personal Stories”</i>	Online
9.12.	Konferenz <i>„70 Jahre EMRK - Konferenz zum Menschenrechtsschutz in Europa“</i>	Berlin
2021		
20.01. (tbc)	Konferenz: <i>“Europe as an international standard-setter for the regulation of Artificial Intelligence”</i>	Berlin
27.01.	Ausstellungseröffnung <i>„Frühe Holocaust-Forscher“</i>	Straßburg
28.01.	40. Jahrestag der Erstunterzeichnung der Europäischen Datenschutz-Konvention	tbc
04.02.	Konferenz: <i>“The Rule of Law in Europe: Vision and Challenges”</i>	Straßburg
04.-05.02.	Konferenz: <i>“Safeguarding local and regional democracy in south-east Europe”</i>	tbc
17.-18.02.	Konferenz: <i>“Dealing with Hate Speech from a European Perspective: Impulses for the Council of Europe”</i>	Berlin
22.-26.02. (tbc)	<i>European Qualifications Passport for Refugees (EQPR)</i> - Interview-Session mit Bewerber/-innen und Verleihungsveranstaltung	Berlin
01.03.	<i>Policy Lab on inclusive integration</i>	Erlangen
01.03.	<i>Gender Equality Commission Side event</i> bei der Jahressitzung der VN- Frauenrechtskommission	New York

10.03.	5. Europäisches Symposium zur Verständlichkeit von Rechtsvorschriften	Berlin
18.-19.03.	3 rd meeting of the <i>Committee of Experts on Roma and Traveller Issues</i> (ADI-ROM)	Berlin
Mitte März	Ausstellung: <i>“Nuremberg as city of Human Rights”</i>	Straßburg
Anfang April	Konferenz <i>“Local Democracy in South-East Europe”</i>	Budapest
07.-10.04. (tbc)	Workshop: <i>„The role of Roma history, including Roma Holocaust, in the participation and inclusion of young Roma today“</i>	Straßburg, Jugendzentrum
12.-13.04.	Konferenz zum Thema Staatenbeschwerden beim EGMR	Berlin
15.-16.04.	Treffen des Netzwerks der Demokratiebildungsexperten (EPAN) in Verbindung mit einem Meeting von Senior Officials (AL-Ebene) zum Referenzrahmen für Demokratiekompetenzen (RFDCDC)	Mainz
23.-24.04.	Konferenz der Verfassungsgerichte der Mitgliedstaaten	tbc
30.04. (tbc)	Fachtagung zur Umsetzung von EGMR-Urteilen <i>“Delayed Execution, Deficient Execution and Non-Execution of ECHR Judgments: Taking Stock and Thinking Forward”</i>	Berlin
Anfang Mai	Praktiker-Workshop <i>“(De-)Radicalization in Prisons – European exchange of views”</i>	Straßburg
02.05.	70. Jahrestag der deutschen Vollmitgliedschaft im Europarat	Berlin
02.05.	Konzert der Stuttgarter Philharmoniker zum Jubiläum	Straßburg, PMC
04.05.	Konferenz: <i>„Bekämpfung des Menschenhandels von Kindern und Jugendlichen“</i>	Straßburg, Palais de l'Europe
05.05.	Konferenz zur Stärkung der internationalen strafrechtlichen Zusammenarbeit	Straßburg
11.05.	Konferenz zum 10. Jahrestag der Zeichnungsauflegung der Istanbul-Konvention	Berlin
11.05.	GEC-Jahreskonferenz Schwerpunkt: <i>“Achieve a balanced participation of women and men in political and public decision-making“</i>	Berlin
Mai	Webinar: <i>“Impact of Covid-19 on media freedom”</i>	Straßburg
Mai	Workshop: <i>“Human Rights and Business as a framework for addressing environmental protection challenges”</i>	tbc
20.-21.05.	131. Ministertreffen	tbc